

**Information nach Art. 13 und 14
Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
– Mitwirkung im Betreuungsgerichtlichen Verfahren
Vermittlung anderer Hilfen/erweiterte Unterstützung
Vorsorgevollmacht –**

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten hat für die Betreuungsstelle der Stadt Braunschweig, Naumburgstraße 25, 38124 Braunschweig einen hohen Stellenwert. Mit diesem Schreiben informieren wir Sie über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch uns sowie über Ihre Rechte nach der DSGVO. Personenbezogenen Daten sind nach Art. 4 Nr. 1 DSGVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder zu identifizierende natürliche Person beziehen.

Die Stadt Braunschweig als **verantwortliche datenverarbeitende Stelle** können Sie postalisch unter Stadt Braunschweig, Der Oberbürgermeister, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531 470-1, Mail: stadt@braunschweig.de kontaktieren. Sie können außerdem den **Datenschutzbeauftragten** der Stadt Braunschweig unter Behördliche Datenschutzbeauftragte, Fachbereich Zentrale Dienste, Bohlweg 30, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531 470-2425, Mail: datenschutz@braunschweig.de, kontaktieren.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit Kontakt zum **Sozialdatenschutzbeauftragten** der Stadt Braunschweig unter Sozialdatenschutzbeauftragter, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531 470-1, Mail: Sozialdatenschutz@braunschweig.de aufzunehmen.

Zweckbestimmung und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Betreuungsbehörde verarbeitet Ihre Daten, um im Rahmen Ihrer Mitwirkung am Verfahren dem Amtsgericht/Betreuungsgericht oder Landgericht die Entscheidung über die Bestellung eines Betreuers, einer Unterbringungsmaßnahme oder eine andere betreuungsgerichtliche Maßnahme zu ermöglichen.

Soweit Sie das wünschen, können personenbezogene Daten auch zur Vermittlung anderer Hilfen und zu einer erweiterten Unterstützung verarbeitet werden.

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung durch die Betreuungsstelle:

Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund einer gesetzlichen Aufgabe der Betreuungsstelle gemäß Art. 6 Abs.1 lit. c und e sowie Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO i.V.m. §§ 4, 5, 7, 8, 11 Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG).

In den Fällen, in denen die Datenverarbeitung nicht aufgrund einer gesetzlichen Grundlage erfolgt, erfolgt die Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs.1 lit. a sowie Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO.

Kategorien personenbezogener Daten:

Folgende Kategorien personenbezogener Daten können durch die Betreuungsstelle im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben verarbeitet werden:

Kontakt- und Stammdaten zur Person:

Nachname, Vornamen, Geburtsdatum, Anschrift, Geburtsname, Nationalität, Familienstand, Geschlecht, Telefonnummer, E-Mail-Adresse

Weitere mögliche Kategorien personenbezogener Daten:

- Angaben zur Einkommens- und Vermögenssituation
- Gesundheitsdaten
- Angaben zur Gesetzlichen Betreuung /Bevollmächtigte
- Art und Bezug von Sozialleistungen
- Angaben über familiäre und soziale Situation

Empfänger der personenbezogenen Daten:

Die Daten werden in der Regel in Form einer Stellungnahme/eines Berichts im Rahmen der Aufgabenerfüllung an das zuständige Amtsgericht/Betreuungsgericht oder das Landgericht übermittelt. Sofern eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage vorliegt oder mit Ihrer Einwilligung

können die erforderlichen Daten auch an weitere Personen oder Stellen (z.B. im Rahmen der Vermittlung anderer Hilfen und der erweiterten Unterstützung) übermittelt werden, insbesondere:

- Sozialleistungsträger (z.B. Sozialhilfeträger, Jobcenter, Kranken- und Pflegekasse) und andere Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Ausländerbehörde)
- Schuldnerberatungsstelle
- Andere Gerichte
- Polizei- und Strafverfolgungsbehörden
- Betreuer/Bevollmächtigter

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland i.S. von Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO findet nicht statt.

Herkunft der Daten:

Personenbezogene Daten werden von uns grundsätzlich bei Ihnen direkt erhoben.

Bei Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage oder Ihrer Einwilligung kann die Betreuungsstelle personenbezogene Daten bei folgenden anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erheben:

- Angehörige
- Sozialleistungsträger (z.B. Sozialhilfeträger, Jobcenter) und andere Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Ausländerbehörde)
- Gerichte
- Polizei- und Strafverfolgungsbehörden
- Meldebehörden
- Ärzten/Therapeuten
- Pflegeheime/Krankenhäuser/Sozialstationen/Pflegedienste

Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person:

Beruhet die Bereitstellung der Daten nach Art. 13 Abs. 2 lit. c DSGVO auf Ihrer Einwilligung und Sie willigen nicht in die Bereitstellung ein, so kann die Betreuungsstelle dem Betreuungsgericht nicht alle notwendigen Informationen zur Entscheidung über die Errichtung einer gesetzlichen Betreuung oder einer Unterbringungsmaßnahme mitteilen bzw. andere Hilfen können nicht vermittelt werden.

Speicherdauer Ihrer Daten:

Ihre personenbezogenen Daten werden durch die Betreuungsstelle gelöscht, wenn sie für die Durchführung der eigenen Aufgaben nicht mehr benötigt werden und die rechtlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Die Aufbewahrungsfrist beträgt regelhaft 10 Jahre nach Abschluss des betreuungsgerichtlichen Verfahrens bzw. 5 Jahre nach dem Tod der betreuten Person. Für eigene Behördenbetreuungen gilt eine Speicherfrist von 30 Jahren.

Solange die Aufbewahrungsfrist noch nicht abgelaufen ist, besteht nach Art. 17 Abs. 3 DS-GVO kein Recht auf Löschung.

Ihre Rechte:

Auf Ihre Rechte zur Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Art. 15 bis 21 DSGVO.

Beruhet die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt.

Darüber hinaus können Sie bei der bzw. dem **Landesbeauftragten für den Datenschutz** ein Beschwerderecht geltend machen.

Kontaktdaten:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstr. 5

30159 Hannover

Tel.: 0511 125-4500

Mail: poststelle@lfd-niedersachsen.de